

Open Data

## Bund beschließt Fortschrittsbericht

**[10.10.2019] Das Bundeskabinett hat den Fortschrittsbericht Open Data beschlossen. Im Rahmen eines zweiten Open-Data-Gesetzes soll die Bereitstellung offener Daten ausgeweitet werden.**

Seit 2017 sind Bundesbehörden verpflichtet, unbearbeitete Daten, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhoben haben, aktiv zum Abruf bereitzustellen ([wir berichteten](#)). Der nunmehr beschlossene Fortschrittsbericht der Bundesregierung beleuchtet die in den vergangenen zwei Jahren getätigten Schritte und dient als Basis für die Weiterentwicklung des E-Government-Gesetzes. Die Bundesregierung verfolgt laut eigenen Angaben das Ziel, im Rahmen eines zweiten Open-Data-Gesetzes die Bereitstellung offener Daten auszuweiten.

Der Themenbereich Open Data ist ein Bestandteil des Themenkomplexes Open Government. Auf internationaler Ebene beteiligt sich die Bundesregierung in der Open Government Partnership ([wir berichteten](#)) und rückt im Oktober 2019 in den Lenkungsausschuss auf. Außerdem hat die Bundesregierung kürzlich den zweiten nationalen Aktionsplan Open Government beschlossen ([wir berichteten](#)).

(ba)

Stichwörter: Open Government, Bund, Open Data